Flüchtlingsschutz zwischen Notstandspolitik und internationaler Verantwortung

Katharina Thote

Die aktuelle Flüchtlingspolitik und ihre Auswirkungen

Eröffnungsrede des 25. Berliner Symposiums zum Flüchtlingsschutz, 23. Juni 2025

Das folgende Zitat verdeutlicht die aktuelle Richtung der Flüchtlingspolitik in Deutschland:

»Wir haben vereinbart, für mehr Rückführungen, für schnellere Verfahren zu sorgen, für die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und für mehr Zurückweisungen an den deutschen Grenzen – ja, auch bei Asylgesuchen. […] Wir werden die Begrenzung wieder in das Aufenthaltsgesetz aufnehmen. […] Wir werden den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aussetzen. Wir werden freiwillige Aufnahmeprogramme womöglich beenden. Wir werden die Liste der sicheren Herkunftsstaaten ausweiten. Wir werden uns […] für die Abschaffung des Verbindungselementes einsetzen. Und wir werden nach Afghanistan und Syrien abschieben.«[1]

Diese Worte stammen von einem führenden Politiker der neuen Bundesregierung. Sie zeigen: Das System des Flüchtlingsschutzes in Deutschland steht unter erheblichem Druck.

Politisch gilt derzeit das Primat der Reduzierung des Zugangs von Asylsuchenden nach Deutschland – unabhängig davon, dass die Zahlen in den letzten Monaten ohnehin schon deutlich gesunken sind: europaweit um 23 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, in Deutschland sogar um 48 Prozent. Auch rechtlich gerät das Schutzsystem unter Druck, wenn völker- und europarechtliche Verpflichtungen wenig ernst genommen zu werden scheinen und mit allenfalls begrenzt überzeugenden Begründungen umgangen werden.

Der Fokus liegt klar auf innenpolitischen Erwägungen. Doch die internationale Bedeutung dieser Maßnahmen bleibt bisher unbeachtet. Dabei haben Entscheidungen, die Deutschland in Sachen Flüchtlingsschutz trifft, immer auch eine internationale Dimension, besonders in ihrer politischen Signalwirkung.

Parallel dazu steht auch anderswo in der Welt der Kurs auf Restriktion, und gleichzeitig ist die humanitäre Hilfe global in einer enormen finanziellen Krise. Zusammengenommen sehen wir sechs verschiedene Aspekte, die dazu beitragen, dass das globale System des Flüchtlingsschutzes unter außerordentlichen Druck gerät – und diese sechs Punkte werden wir gleich etwas genauer betrachten.

1 Rede des Bundesinnenministers Alexander Dobrindt im Deutschen Bundestag am 16.5.2025, Bulletin 36-1, abrufbar bei bundesregierung.de, t1p.de/05nkt.

Aber zunächst einmal: Warum sollten sich Maßnahmen der deutschen Innenpolitik überhaupt global auswirken?

Das liegt an der zentralen Rolle, die Deutschland im internationalen Flüchtlingsschutz eingenommen hat. Obwohl zwei Drittel der Flüchtlinge weltweit in den direkten Nachbarstaaten ihrer Heimat unterkommen, zählt auch Deutschland zu den wichtigsten Aufnahmeländern – das viertgrößte nach dem Iran, der Türkei und Kolumbien. Gleichzeitig ist Deutschland einer der größten Geber humanitärer Hilfe und ein zentraler Partner des UNHCR. Diese doppelte Rolle, gemeinsam mit dem besonderen politischen Gewicht der Bundesrepublik, verleiht der deutschen Flüchtlingspolitik internationale Strahlkraft.

1. Die Relativierung von Schutzverantwortung

Wenn also Deutschland, und das ist der erste von meinen sechs Punkten, wenn Deutschland Maßnahmen ergreift, die Fragen aufwerfen hinsichtlich der Konformität mit Völker- und Europarecht, dann schwächt das nicht nur die Geltungskraft der betreffenden Regelungswerke – es sendet auch ein politisches Signal: Schutzverantwortung kann relativiert werden.

Die Zurückweisung Schutzsuchender an deutschen Grenzen wird international kaum differenziert betrachtet. Die Botschaft, die ankommt, lautet ganz einfach: Deutschland schließt seine Türen und lässt keine weiteren Flüchtlinge ins Land. Auch wenn die Maßnahmen diesen Effekt so nicht haben und in ihrer quantitativen Bedeutung begrenzt sind, könnten sie doch andere Staaten ermutigen, ähnliche Schritte zu gehen – mit potenziell gravierenden Folgen, etwa wenn der abwei-

sende Staat direkt an den Verfolgerstaat angrenzt und es dann zu Refoulement kommen würde. Auch an der Grenze zu einem Drittstaat wird eine Abweisung ohne jede Prüfung des Schutzbedarfs und ohne Absprache der Übernahme von Prüfung und Schutz durch das betreffende Nachbarland den völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht gerecht.

2. Aussetzung von Aufnahmeprogrammen

Der zweite Punkt ist die mögliche Aussetzung von Resettlement und anderen Aufnahmeprogrammen. Auch wenn die Zahlen gering erscheinen, ist ihre Bedeutung groß: Für viele Flüchtlinge ist Resettlement der einzige Zugang zu effektivem Schutz, etwa weil das Erstaufnahmeland ihre Sicherheit nicht gewährleisten kann. Wenn ein Land wie Deutschland sich zurückzieht, könnten andere folgen – insbesondere in der EU. Denn gerade bei der Übernahme dieser freiwilligen Verpflichtungen schauen die Staaten stark aufeinander und orientieren sich an Ländern mit einer Leitfunktion.

Gegenüber Erstaufnahmeländern ist Resettlement zudem ein Zeichen der Solidarität, dessen politische Auswirkungen nicht unterschätzt werden dürfen. Wird dieses Zeichen geschwächt, kann das die Schutzbereitschaft dieser Länder untergraben.

3. Neue Kriterien für »sichere Drittstaaten«

Das dritte Beispiel ist die Diskussion um die »Weiterentwicklung « – wie es im Koalitionsvertrag heißt – der Reformen im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem und besonders das sogenannte Verbindungselement. Es geht dabei um die Frage, ob eine schutzsuchende Person nur dann auf einen sicheren Drittstaat verwiesen werden kann, wenn er oder sie eine Verbindung zu diesem Staat hat, beispielsweise aufgrund der Sprache oder eines Voraufenthalts. Das wird schon länger auf verschiedenen Ebenen diskutiert, und auch der Koalitionsvertrag sieht nun vor, dieses Kriterium abzuschaffen, um Rückführungen in Drittstaaten zu erleichtern.

Auch wenn das völkerrechtlich möglich sein mag, bleibt die praktische Umsetzung fraglich: Denn auch nach einer Abschaffung des Kriteriums bestehen die anderen Voraussetzungen für die Anwendung des Konzeptes weiterhin. Das bedeutet, dass der Drittstaat effektiven (nicht nur theoretischen) Zugang zu internationalem Schutz bieten sowie rechtlich und praktisch dazu bereit und in der Lage sein muss, Schutz, Unterstützung und dauerhafte Lösungen zu gewähren. Viele Staaten werden dies mangels Schutzbereitschaft und Schutzkapazität nicht erfüllen.

Dennoch bleibt die Nachricht im globalen System hängen, dass Europa den Flüchtlingsschutz »outsourcen« will. Auch das kann die Schutzbereitschaft in anderen Staaten untergraben, wenn es nicht erkennbar der Teilung – und nicht bloß der Verschiebung – von Verantwortung dient und den Flüchtlingsschutz im Ganzen erweitert – im Zielstaat, im überstellenden Staat oder der Region. Eine Vereinbarung, die versucht, die Verantwortung unter der Genfer Flüchtlingskonvention ganz oder teilweise »loszuwerden«, wäre nicht angemessen.

4. Infragestellung der Genfer Flüchtlingskonvention

Viertens wird der rechtliche Rahmen des globalen Schutzsystems infrage gestellt. Immer wieder kommen Stimmen auf, die darauf drängen, die Genfer Flüchtlingskonvention zu ändern oder umzuinterpretieren, mit dem Argument, sie sei nicht mehr zeitgemäß. Andere stellen den individualrechtlichen Ansatz infrage, da dieser die politische Handlungsmacht zu sehr einenge – das Aufnahmeland müsse selbst entscheiden können, wer kommen dürfe und wer nicht.

5. Push-backs an den europäischen Außengrenzen

Auch eine restriktive Politik in anderen Ländern – der fünfte Punkt auf der Liste – bleibt nicht ohne Wirkung auf das globale System. Push-backs an den europäischen Außengrenzen sind seit Jahren ein grundlegendes Problem. Auch in anderen Ländern, die viele Flüchtlinge aufgenommen haben, aber innenpolitisch in schweres Fahrwasser geraten sind, wurden Flüchtlinge in der jüngeren Vergangenheit öffentlichkeitswirksam unter Druck gesetzt oder gar zur Rückkehr gezwungen.

6. Finanzielle Kürzungen bei Hilfsorganisationen

Neben politischen Entwicklungen ist das globale Schutzsystem auch finanziell stark belastet, und das ist der sechste Aspekt. Die Zahl der Flüchtlinge und Binnenver-

Der Globale Pakt für Flüchtlinge

Der Globale Pakt für Flüchtlinge wurde als Teil der UNHCR-Resolution von 2018 angenommen. Zwar ist er rechtlich nicht bindend, aber er stellt eine Blaupause zur Förderung internationaler Zusammenarbeit im Flüchtlingsschutz dar. Der Pakt besteht aus zwei Teilen:

1. Ein umfassender Rahmenplan für Flüchtlingshilfemaßnahmen (CRRF), dem die Mitgliedstaaten durch die New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migrant*innen vom September 2016 bereits zugestimmt haben.
2. Ein Aktionsprogramm (Programme of Action), das auf bewährte Praktiken aus der ganzen Welt zurückgreift und konkrete Handlungsweisen festlegt, die von den UN-Mitgliedstaaten und anderen Ländern zur Umsetzung der Prinzipien aus der New Yorker Erklärung ergriffen werden müssen. Das Aktionsprogramm bildet eine Blaupause, die sicherstellen soll, dass Flüchtlinge einen besseren Zugang zu Gesundheit und Bildung bekommen, die Möglichkeit erhalten, ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten zu können und von Anfang an in ihre Aufnahmegemeinschaften inkludiert werden. Es zeigt außerdem konkrete Wege auf, wie Aufnahmeländer besser unterstützt werden können.

Online:
https://www.unhcr.org/de/was-wir-tun/der-globale-pakt-fuer-fluechtlinge

KEINE ZWANGS-REKRUTIERUNG!

Die schwarz-rote „Fortschrittskoalition“ in Berlin plant die Reanimierung der Wehrpflicht. Der Landtag mit allen Parteien plant, die Indoktrination von Schüler*innen durch Vetarn*innen der Bundeswehr in schleswig-holsteinischen Schulen zu eskalieren. Wohl um die jungen Menschen bereit für den Marschbefehl an die Ostfront zu machen?

Soweit sind wir gekommen, dass im 80sten Jahr nach dem Ende des Nationalsozialismus und der weltweiten Kriegsverbrechen seiner Wehrmacht, und nach den viele teilnehmende Soldaten schwer traumatisierenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Kosovo oder in Afghanistan einmal mehr junge Menschen für Deutschland in waffenstarrende Uniformen und ggf. auf Fingerzeig der egal in welcher politischen Klasse an jedwede Fronten gezwungen werden sollen?

Liebe Schülerinnen und Schüler, Ihr habt jedes Recht, Euch den Versuchen militärischer Berieselung und auch der Zwangsrekrutierung in die Armee zu verweigern. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!

Mehr Informationen gibt es hier:
https://dfg-vk.de/verweigerung/

Bye the way unsere Sticker sind **gratis:**

Sticker „Asyl für alle Deserteure“

Jetzt bestellen und öffentlichkeitswirksam stickern!

Bestellung: office[at]frsh.de oder Tel. 0431-735 000

triebenen ist über ein Jahrzehnt lang kontinuierlich angewachsen – aber die Mittel für humanitäre Hilfe hinken hinterher. Die gestiegenen Kosten haben die Lage zusätzlich verschärft, zum Beispiel die höheren Energie-, Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise seit dem Beginn des Krieges gegen die Ukraine. In diesem Jahr nun haben die dramatischen finanziellen Kürzungen bei humanitären Organisationen ganz verheerende Auswirkungen. Schon jetzt kostet die extreme Unterfinanzierung Menschenleben, schon jetzt kommt es in fast allen Flüchtlingssituationen zu Engpässen bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln, medizinischer Grundbetreuung, Unterkünften und Schutzprogrammen für Frauen und Kinder, die Opfer von Gewalt geworden sind. Schulen schließen, Berufsausbildungen müssen unterbrochen werden, Perspektiven auf eine bessere Zukunft gibt es immer weniger – die mittel und längerfristigen Konsequenzen dessen kann sich jede und jeder ausmalen.

Das internationale Schutzsystem stärken!

Die Summe der Entwicklungen, die ich aufgezählt habe, führt zu einer spürbaren Schwächung des globalen Flüchtlingsschutzes. Diese Konsequenz nationaler Politik wird in Europa bislang zu wenig beachtet – obwohl sie auch im Eigeninteresse der Industriestaaten liegt.

In den vergangenen Jahren wurde in Deutschland und anderswo immer wieder betont, wie wichtig eine bessere Steuerung von Migrations- und damit auch von Fluchtbewegungen ist. Ein schwächeres globales Schutzsystem führt aber wahrscheinlich zu mehr Instabilität und mehr ungesteuerter Migration, gerade im Kontext von Flucht vor schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Die Flucht in diesen Situationen ist erzwungen. Wenn es mangels Respekts für das globale Schutzsystem keinen Zugang zum Schutz in den Nachbarländern gibt oder dieser unzureichend ausgestaltet ist, dann wird sich dieser in seinen Ursachen kaum steuerbare Migrationsdruck auf andere Weise seinen Weg bahnen. Das womöglich wichtigste Steuerungsinstrument – die Stabilisierung von Flüchtlingssituationen in Erstaufnahmeländern – steht dann gar nicht mehr oder nur noch begrenzt zur Verfügung.

Deshalb ist es im Interesse aller, das internationale Schutzsystem zu stärken – und nationale Maßnahmen zu vermeiden, die es untergraben. Insofern sollten innenpolitische Schritte auch im Hinblick auf ihre globale Wirkung sorgfältig abgewogen werden.

Die Genfer Flüchtlingskonvention betont bereits in ihrer Präambel, dass eine Lösung nur durch internationale Zusammenarbeit möglich ist. Auch der Globale Flüchtlingspakt[2] setzt auf geteilte Verantwortung.

Diese Verantwortlichkeit darf nicht verschoben oder zur Abschreckung instrumentalisiert werden. Vielmehr braucht es tragfähige, multilaterale Lösungen, die Schutz ermöglichen – nicht verhindern. Lösungen, die den Schutz insgesamt ausweiten und nicht nur die Verantwortung verschieben. Ein starkes internationales Schutzsystem ist nicht nur ein humanitäres und rechtliches Gebot. Es ist auch ein Gebot der politischen Vernunft.

Katharina Thote ist die Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland. https://www.unhcr.org/de/
Erstveröffentlichung im Asylmagazin 9/2025

2 Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen an die UN-Generalversammlung, 2. August 2018, Teil II: Globaler Pakt für Flüchtlinge. Abrufbar bei unhcr.org/de unter »Was wir tun/ Der Globale Pakt für Flüchtlinge«.

HOPE IN DARKNESS

Im Geheimen entstandene Bilder von Künstlerinnen aus Afghanistan

Information zum Projekt

Afghanische Frauen haben unter dem Taliban-Regime grundlegende Rechte verloren: Mädchen wird der Schulbesuch verwehrt, das Tragen der Burka ist Pflicht, künstlerischer Ausdruck verboten. Die Ausstellung „Hope in Darkness“ zeigt – trotz und gerade deswegen – Werke junger afghanischer Künstlerinnen. Die Kunstwerke wurden trotz großer persönlicher Risiken und unter der ständigen Gefahr von Entdeckung und Bestrafung durch das Taliban-Regime geschaffen und auf geheimen Wegen nach Deutschland gebracht. Begleitet wird die Ausstellung durch Informationen zur aktuellen Lage von Frauen und Mädchen in Afghanistan. Das Projekt von FIDA e.V. in Kooperation mit Terre des Hommes wurde von afghanischen Frauenrechtsaktivistinnen entwickelt, die nach Deutschland evakuiert wurden oder sich noch in Afghanistan befinden.

Bildnachweis: FIDA e.V. – HOPE IN DARKNESS, www.hope-in-darkness.de
Zum Schutz der Künstlerinnen, die noch in Afghanistan leben, wurden die Signaturen der Originalbilder in den hier abgedruckten Versionen entfernt.

Spendenaufruf

FIDA e.V. und die beteiligten Künstlerinnen in Afghanistan freuen sich jederzeit über finanzielle Unterstützung ihrer Arbeit.

Spenden gern an:

FIDA e.V.
IBAN: DE46 2655 0105 1552 4704 92
BIC: NOLADE22XXX (Sparkasse Osnabrück)

Falls Sie eine Spendenquittung möchten, bitte Name und Adresse bei der Überweisung angeben.

Siehe auch Seite 89.